

## **Die SBZ/DDR zwischen Sowjetisierung und Eigenständigkeit – Handlungsspielräume und Entscheidungsprozesse 1945-1963**

### **Ergebnisse, Forschungsfragen und Ausblick eines Projekts am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam**

#### *I. Allgemeine Ergebnisse und Erkenntnisfortschritte*

Das Projekt (Laufzeit 1.1.1996-31.12.2001) hatte sich das Ziel gesetzt, das Spannungsverhältnis zwischen dem Einwirken der UdSSR und spezifischen Interessen der SED bei der Übertragung/Übernahme des sowjetischen Modells auf die SBZ/DDR zu untersuchen. Dabei wurde das Forschungsinteresse an einer Klärung des Wechselverhältnisses zwischen sowjetischer Bestimmung und selbstgewollter Modellübernahme sowie zwischen Sowjetisierung und sowjetischem Einfluss herausgestellt und die Analyse der Grundlagen und Modi sowjetisierender Prozesse ebenfalls als vorrangige Aufgabe bezeichnet. Dem damit verbundenen Anspruch des Projektes, einen wesentlichen Beitrag zu einer differenzierten Analyse und Beurteilung des Nachkriegsphänomens Sowjetisierung leisten zu wollen, entsprechen die konkreten Ergebnisse in hohem Maße:

*Erstens* wurde die Sowjetisierung als Übertragung und Übernahme des sowjetischen Modells auf die Verhältnisse von Staaten im Machtbereich der Sowjetunion inhaltlich und definitorisch von den Begriffen u.a. Russifizierung, Bolschewisierung, Stalinisierung und „Gleichschaltung“ abgesetzt und für Ostdeutschland periodisiert.

*Zweitens* hat sich gezeigt, dass sowjetischer Einfluss und Sowjetisierung zwar zu unterscheiden sind, aber in einer Wechselbeziehung standen, die zeitweilig auch ein Spannungsverhältnis darstellte.

Während der sowjetische Einfluss als Summe politischer, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller u.a. Faktoren in vielen Ländern der Welt wirkte und nicht auf eine Modellübertragung zielte, steht Sowjetisierung für strukturelle und geistig-kulturelle Prozesse der Übertragung und Übernahme des sowjetischen Modells mit dem Ziel der Angleichung nichtsowjetischer Gesellschaften an die Verhältnisse der UdSSR. Sie zeichnete sich durch hohe Intensität, Systematik und Organisation aus und war ein der internationalen Nachkriegsentwicklung angepasstes methodisches System, um nichtsowjetische Gesellschaften in die Lage zu versetzen, dauerhaft so zu funktionieren wie die stalinistische Ordnung der UdSSR. Dagegen hat es zu jeder Zeit der Entwicklung der SBZ/DDR – auch in der stalinistischen Hochperiode von 1947/48 bis 1953 – nichtsowjetisierenden Einfluss der UdSSR in der Form bilateraler Beziehungen und Interaktionen gegeben. Auch ist der von 1945 bis 1949 auf die SBZ wirkende Besatzungsdirigismus nicht mit Sowjetisierung zu verwechseln, wenngleich er eine wichtige Voraussetzung für deren Durchsetzung war. In bestimmten Phasen dominierten sowjetisierende Elemente der Moskauer Deutschlandpolitik, in anderen traten sie zugunsten anderer Formen sowjetischen Einflusses zurück. Dieser wirkte korrigierend und prozessregulierend. Er konnte Sowjetisierungsmaßnahmen abschwächen bzw. deren zeitweilige Rücknahme bewirken, wenn die Herrschaft der SED und die Stabilität der Verhältnisse in der DDR durch eine forcierte Sowjetisierung in Frage gestellt wurden. Das war z.B. 1953 mit der Einführung des „Neuen Kurses“ der Fall. Überdies zeigte sich, dass Sowjetisierung zwar eine mehrdimensionale Abhängigkeit der DDR (und anderer sozialistischer Staaten) voraussetzte, Abhängigkeit jedoch nicht einseitig, wenngleich in hohem Maß zugunsten der UdSSR asymmetrisch war.

*Drittens* wurde herausgearbeitet, dass die SED ein großes Eigeninteresse an der Übernahme des sowjetischen Modells hatte und gleichzeitig die Möglichkeit besaß, im Rahmen sowjetischer Interessen eigenständig zu handeln, d.h. dass sich für sie aus verschiedenen Gründen unterschiedlich geartete Spielräume ergaben.

Aus Gründen der Machtsicherung begrüßte und (situativ) forcierte die ostdeutsche Partei- und Staatsführung die Einbindung der DDR in das stalinistische Gesellschaftssystem. Dabei schuf sich die UdSSR ein Netz von Einfluss- und Überwachungsmöglichkeiten, und die SED trug ihrerseits mit differenzierten Formen und Methoden zur Durchsetzung von selbstgewollten Sowjetisierungsmaßnahmen bei. Das machte es nicht immer leicht zu erkennen, was spezifisch sowjetisch und was originär ostdeutsch war. Teilanalysen ergaben, dass wichtige Sowjetisierungsmaßnahmen durch die UdSSR oktroyiert wurden, es aber für die SED bei einigen Beschlussfassungen

und –ausführungen operative Handlungsspielräume gab und sowjetische Stellen bei bilateralen Konsultationen für gewisse Argumente ihrer Gesprächspartner offen blieben.

*Viertens* erhärtete sich die Vermutung, dass verschiedene Maßnahmen der UdSSR nach 1945 sowjetisierend unabhängig von der Frage wirkten, ob sie tatsächlich a priori eine Systemtransformation bezweckten oder ob sich dies im Kontext des Kalten Krieges durch in hohem Maße eigendynamische Prozesse ergab.

Das betraf vor allem die sowjetischen Demontagen, die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, die Schließung von Banken und die Einführung der zentralistischen Wirtschaftsplanung, um zunächst die alten kapitalistischen Strukturen zu zerschlagen und die Besetzungsherrschaft zu stabilisieren. Diese Maßnahmen der „antifaschistisch-demokratischen“ Umwälzung beruhten aber auf Entscheidungen für eine nachhaltige Umstrukturierung der ostdeutschen Gesellschaft, die sich den Verhältnissen in anderen Staaten des sowjetischen Machtbereichs anglich, aber erst im Umfeld des zugespitzten Ost-West-Konfliktes eine konfrontative Logik und die Merkmale einer Sowjetisierung entwickelten, als die sie im Westen von Anfang an gesehen wurden. Es erscheint auch die These als haltbar, dass Sowjetisierung ebenfalls ein Produkt überzogener sowjetischer Sicherheitsinteressen, d.h. der Angst vor den USA, gewesen ist.

*Fünftens* wurden unterschiedliche Intensität und Verläufe von Sowjetisierungen auf politischen Ebenen und gesellschaftlichen Feldern konkret belegt sowie Sowjetisierungsschübe herausgearbeitet und erklärt.

Es bestätigte sich, dass die Stalinisierung der SED die wichtigste Voraussetzung und den Kern der Sowjetisierung der SBZ/DDR bildete, von der im Prinzip kein gesellschaftlicher und politischer Bereich ausgeklammert blieb. Am stärksten entwickelte sie in sensiblen Bereichen, in denen Macht und Sicherheitsfragen im Vordergrund standen, Intensität und den Anspruch auf Flächendeckung und Perfektion. Der Staatsapparat der DDR erhielt bis zum Beginn der sechziger Jahre seine Struktur und Organisation nach sowjetischem Vorbild. Staat und Partei verschmolzen. Aber auch die Ausformung und Kontrolle der Wirtschaft stand zumindest bis Ende der fünfziger Jahre mit im Vordergrund. Beispielsweise erfuhr die Landwirtschaft durch die Bodenreform und die erst 1960 abgeschlossene Kollektivierung einen grundlegenden Umbau. Schwierig gestalteten sich hingegen Sowjetisierungsprozesse im Alltag der DDR und in kulturellen und künstlerischen Bereichen. Sowjetische Vorbilder und Ideale sowie das Bild vom „neuen“ Menschen wurde von weiten Teilen der Bevölkerung nicht angenommen, sowjetische kulturelle Exporte kritisch beurteilt und Verhaltensnormen als „russisch“ abgelehnt. Sowjetisierungsschübe vor allem aus Gründen der unmittelbaren Machtsicherung wurden entweder durch äußere Ereignisse (1950 Koreakrieg; 1952 Ablehnung der „Stalinnote“) oder durch innenpolitische Krisen (17. Juni 1953) ausgelöst.

*Sechstens* konnten neue Erkenntnisse darüber gewonnen werden, welcher Methoden und Instrumentarien sich die Sowjetisierung in den einzelnen Entwicklungsstapen der SBZ/DDR bediente und wie sie funktionierten. Neues erbrachte auch die Untersuchung des Problems, welche Positionen ihr gegenüber verschiedene soziale und politische Kräfte einnahmen.

Die Strukturen und Institutionen sowjetischer Kontrolle waren höchst unterschiedlich, und sie wandelten sich. Übten zunächst SMAD und Sowjetische Kontrollkommission (SKK) mit ihren Befehlen, Memoranden und „Merkblättern“, aber auch das dichte Netz von Kontrolleuren und Beratern den entscheidenden Einfluss aus, so waren es nach 1953 stärker die sowjetische Botschaft und diplomatische (insbesondere vertragliche) Mechanismen, vor allem aber mannigfaltige informelle Partei- und persönliche Kontakte. Häufig stellten die Modi und Mechanismen der Sowjetisierung Kombinationen und Mischungen von traditionellen Methoden und Instrumentarien mit neuen Formen der Einflussnahme und Kontrolle dar.

Der größte Teil der ostdeutschen Bevölkerung lehnte das fremde Gesellschaftssystem – und damit die Sowjetisierung – ab. Doch gab es dabei Differenzierungen. Sie reichten, je nach politischer Position und emotionaler Lage des Einzelnen, von innerer „Totalverweigerung“ über erzwungene Duldung bis zur partiellen Zustimmung, etwa aus wirtschaftlichen Überlebensgründen. Demgegenüber gab es Kräfte vor allem, aber nicht nur in der SED und in den staatlichen Apparaten, die der Sowjetisierung im Ganzen positiv, einigen Phänomenen (z.B. dem Plandirigismus und der sowjetischen Siegermentalität) aber kritisch gegenüberstanden.

Im weiteren hat das Projekt zwar Vergleichsmöglichkeiten sowohl mit Sowjetisierungsprozessen in anderen europäischen kommunistischen Staaten als auch mit der „Verwestlichung“ der Bundesrepublik genutzt, sie aber vor allem aus Zeitgründen nicht systematisch weiterentwickeln können. Doch vermochte es in dieser Beziehung neue Fragen in die Diskussion einzubringen, verdeutlichte Forschungsprobleme und leistete überdies einen Beitrag zur Aufklärung der internationalen Ursachen und Zusammenhänge des Nachkriegsphänomens Sowjetisierung.

Auch in diesem Zusammenhang erwies sich die vom ZZF gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung im Juni 1997 in Brühl veranstaltete internationale Konferenz („Sowjetisierung in der SBZ/DDR und anderen europäischen Staaten 1945-1960“) unter Beteiligung namhafter Zeithistoriker aus beinahe allen ehemaligen realsozialistischen Staaten als sehr produktiv. Sie entwickelte neue Fragestellungen und erbrachte Erkenntnisfortschritte, die in den von der Projektgruppe unter Mitarbeit von ausländischen Wissenschaftlern angefertigten Sammelband („Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR 1945-1953“, Köln u.a. 1999) einfließen. Der Band stellte eine Zwischenbilanz des Projektes dar, bot die Gelegenheit, Ergebnisse kritisch zu überprüfen und bestimmte die Richtung der weiteren Arbeit mit. Dazu gehörten eine Konzentration der Analysen auf die Modi und Instrumentarien der Sowjetisierung und der Versuch, die von ihr erfassten gesellschaftlichen Bereiche sowie die Träger und Betroffenen weiter zu differenzieren.

Eine Reihe von kleineren Konferenzen und Workshops trug zur Klärung wichtiger Probleme bei. So wurden im Zusammenhang mit dem genannten Sammelband Fragen des Vergleichs von Sowjetisierungsprozessen insbesondere mit den ausländischen Koautoren und eine Typisierung von Modellübertragungen diskutiert. Andere Workshops unter Beteiligung des ZZF (u.a. in Halle, Juli 1998) thematisierten Möglichkeiten des Vergleichs mit der „Amerikanisierung“ und stellten Forschungsergebnisse über die Sowjetisierung von DDR-Außenbeziehungen zur Diskussion. Zum Komplex „sowjetische Demontagen“ veranstaltete das Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) im Jahr 2000 gemeinsam mit der Berliner Humboldt-Universität zwei Workshops, deren Ergebnisse in einen Studienband („Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944-1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen“, Berlin 2002) Eingang fanden. Der von der Projektgruppe initiierte Arbeitskreis Sowjetisierung entwickelte sich zu einem produktiven Diskussionsforum für Zeithistoriker aus Berlin-Brandenburg.

## II. Ergebnisse der Einzelprojekte

Im Teilprojekt „Ein eigenwilliger Stalinist. Zur Rolle Walter Ulbrichts bei der Stalinisierung der KPD/SED und bei der Übertragung des sowjetischen Modells auf die SBZ/DDR 1945-1953“ (*Monika Kaiser*) wurden die Grundprägungen Ulbrichts als „Apparatschik“ der KPD und Komintern und im Folgenden hauptsächlich die Interaktion von Deutschen und Russen bei der Sowjetisierung der SBZ/DDR untersucht. Die Forschungsergebnisse schlugen sich in Fallstudien und Beiträgen zu Teilaspekten des Sowjetisierungsprozesses nieder. Für die letzte Projektphase 2000 war geplant, den ostdeutschen Sowjetisierungsprozess im Kalten Krieg speziell unter dem Aspekt des Zusammenwirkens von sowjetischen und deutschen Akteuren im Rahmen einer Monographie darzustellen. Es entstanden Teilarbeiten zur Einleitung und zu den drei Kapiteln über die Sowjetisierungsschübe 1947/48, 1950 und 1952/53. Dass die Niederschrift bislang nicht vollendet werden konnte, muss hauptsächlich dem Umstand zugeschrieben werden, dass von russischer Seite die mehrfach in Aussicht gestellten Dokumente nicht zur Verfügung gestellt wurden.

Das Teilprojekt „Parteikontrolle und Sowjetisierung“ (*Thomas Klein*) stellt eine geschlossene Analyse der SED-Parteikontrolltätigkeit von 1948 bis 1973 dar. Dabei wurden eine Reihe von Einzelstudien zu spezielleren Fragen der Parteikontrolltätigkeit veröffentlicht, die insbesondere das Verhältnis von sowjetischem Einfluss und der eigenverantwortlichen Gestaltung dieser Kontrolltätigkeit durch die Parteiführung und den SED-Apparat betrafen. Die vielbeachtete Monographie („Für die Einheit und Reinheit der Partei. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht“, Köln u.a. 2002) als das wesentlichste Ergebnis der Arbeit am Projekt beschreibt die politische und institutionelle Vorgeschichte der Parteikontrollorgane (Abwehrapparat) und untersucht die besondere Verknüpfung der Parteikontrollpraxis mit der Geschichte der SED. Gleichzeitig verschafft das Buch einen detaillierten Einblick in die tatsächlichen Konfliktlagen und Widerspruchsgefüge der „Parteiwirklichkeit“

und ermöglicht vor allem eine präzise Einschätzung der Effektivität von SED-Parteikontrolltechniken, die für die wechselnde Stabilität des Herrschaftssystems bedeutsam waren.

Das Teilprojekt „'Koval' und die sowjetische Politik in Deutschland 1945-1950“ (*Jochen Laufer*) wurde zugunsten mehrerer Einzelstudien über die Sowjetisierung der SBZ, insbesondere zur Problematik der sowjetischen Demontage- und Währungspolitik, verändert. Sie bilden den Grundstock für eine Monographie über die sowjetische Deutschlandpolitik (1945-1949), deren Fertigstellung auf Grund des Vorrang besitzenden parallelen Projektes verschoben wurde (Quellenedition „Die UdSSR und die deutsche Frage“, als Bearbeiter zusammen mit *B.P. Kynin*. Bislang in russisch veröffentlicht Bd. 1: 22. Juni 1941 – 8. Mai 1945; Bd. 2: 9. Mai 1945 – 3. Oktober 1946). Dieses ebenfalls im Rahmen des Sowjetisierungsprojekts begonnene Vorhaben stellt eine beachtliche Leistung dar, die sich nur teilweise mit anderen Quelleneditionen aus Moskauer Archiven vergleichen lässt. Hervorzuheben ist die Einleitung zum zweiten Band, die einen vertiefenden Einblick in die auch für die Sowjetisierung relevanten deutschlandpolitischen Prozesse innerhalb der sowjetischen Führung in den ersten beiden Jahren nach dem Krieg gewährt.

Im Rahmen des Teilprojektes „Die UdSSR und die Anfänge der ostdeutschen Außenbeziehungen 1949-1961“ (*Michael Lemke*) entstand eine Vielzahl von Artikeln, die sich mit der Sowjetisierung als Phänomen des Kalten Krieges und speziellen Problemen des sowjetischen Einwirkens auf die DDR-Außenbeziehungen beschäftigten. Nach dem Ende des ersten Projektabschnittes und dem Abschluss des Sammelbandes „Sowjetisierung und Eigenständigkeit“ zeigte sich die Notwendigkeit, den Schwerpunkt der entstehenden Monographie zu verändern. Denn es kristallisierte sich immer stärker heraus, dass im Untersuchungszeitraum die in vielem sowjetisierten DDR-Außenbeziehungen der SED-Deutschlandpolitik untergeordnet waren. Die im Jahre 2002 erschienene umfangreiche Monographie („Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961“) stellt die DDR in den Gesamtzusammenhang des Kalten Krieges und analysiert die Politik der SED auf der Basis reichen Quellenmaterials unter der leitenden Frage nach ihren Handlungsspielräumen vor allem gegenüber dem Westen und der Sowjetunion. Dabei werden sowjetische Einflüsse und Sowjetisierungen differenziert herausgearbeitet.

Das dem Projekt inhärente Teilvorhaben „Die SED im Prozess ihrer Stalinisierung 1946-1949“ (*Andreas Malycha*) war als externer Beitrag angelegt. Der Bearbeiter veröffentlichte eine Reihe von Teilstudien und legte eine seine Erkenntnisse zusammenfassende Monographie vor („Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946-1953“, Paderborn u.a. 2000). Diese Gesamtdarstellung erbringt vor allem am Beispiel der SED-Landesvorstände erheblichen Erkenntnisgewinn über die Stalinisierung der SED und damit verbundene interne Auseinandersetzungen u.a. um sowjetische Demontagen, Reparationen und die Übergriffe der Sowjets auf die deutsche Bevölkerung. Die Analyse arbeitet die Konflikte im Prozess der schrittweise eingeschränkten und schließlich gänzlich zugunsten der „Partei neuen Typus“ eliminierten innerparteilichen Demokratie heraus und zeigt die zentrale Bedeutung des Kampfes gegen den „Sozialdemokratismus“.

### *III. Offene Forschungsfragen / Forschungsfelder*

In der bisherigen Sowjetisierungsforschung zur DDR zeigen sich in den Bereichen Kultur und Alltag, in Abstufung auch Wirtschaft und Soziales, immer noch große Defizite, während die Felder Politik, Sicherheit sowie Parteien und Organisationen besser untersucht sind. Wesentliche Erkenntnisfortschritte sind in Zukunft offensichtlich dann zu erwarten, wenn man Ostdeutschland stärker in den Zusammenhang der europäischen Sowjetisierung stellt und sie als Nachkriegsphänomen des Kalten Krieges international sowie blockintern analysiert. Damit stellt sich vor allem die Frage nach den Möglichkeiten eines Vergleichs zwischen den Staaten im sowjetischen Machtbereich.

#### *a) Übernationale Forschungsprobleme*

Die Analyse der Sowjetisierung muss sich vom Problem der sowjetischen und nationalen Interessen in den einzelnen Sowjetisierungsländern leiten lassen. Welche strategischen, politischen und wirtschaftlichen Ziele, aber auch historische und mentale Motive waren für die Sowjetunion handlungsbestimmend und welche für die nationalen kommunistischen Parteien? Es ist sowohl die konkrete Ausgangssituation der betroffenen Staaten

nach 1944/45 zu untersuchen als auch die Frage zu stellen, welche nationalen Prädispositionen geschichtlicher, politischer, wirtschaftlicher und geistig-kultureller Art eine von außen oktroyierte Sowjetisierung begünstigten oder erschwerten. So ist in den meisten ehemaligen Ostblock-Staaten noch wenig untersucht, welche Dispositionen bei Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten bestanden und wie sich Zustimmung, Ablehnung und Ambivalenz zueinander verhielten. Wie und in welchem Umfang übernahmen nationale kommunistische Führungen das stalinistische Modell der Parteidisziplinierung und lernten auch den Einsatz von Terror von der Sowjetunion? Bildeten sich Zweckbündnisse zwischen ganz bestimmten sowjetischen und nationalen Parteiführern heraus? Bislang ist nur ansatzweise geklärt, ob und wie gleichlaufende Konzepte verschiedener Gruppierungen jeweils der sowjetischen und der nationalen kommunistischen Partei kombiniert wurden oder kollidierten. Schlagen sich innersowjetische Führungskonflikte und Kurskorrekturen auf die Widersprüche und Auseinandersetzungen innerhalb der einzelnen kommunistischen Parteien, aber auch auf die zwischen ihnen und der Staats- und Wirtschaftsbürokratie nieder? Welche Rolle spielte in den einzelnen Parteien eine interne Opposition; wie äußerte sie sich und wie gingen die Führungen und Apparate mit ihr um?

Doch bezog sich die Sowjetisierung eben nicht nur auf die stalinisierten Parteien, sondern auf die gesamten Gesellschaften. Allerdings waren politische und soziale Kräfte in Sowjetisierungsprozesse nicht im gleichen Maße involviert und nicht alle waren Betroffene im Sinne passiv Hinnehmender. Wer unterstützte die Sowjetisierung oder tolerierte sie aus welchen Gründen und wo artikulierten sich passive Resistenz und aktiver Widerstand? Die Beantwortung dieser Fragen wurde bislang durch die finale Betrachtungsweise der Sowjetisierung erschwert. Zum einen führte die Reflexion des Untergangs des Ostblocks als vorherbestimmt und zwingend zu einer Unterschätzung der Anpassungsleistungen verschiedener sozialer Schichten und Gruppen in den betroffenen Ländern, zum anderen wurde zu wenig berücksichtigt, dass die Zerstörung der früheren Staats- und Gesellschaftsordnungen (vor 1945) nicht alleiniges Werk der Sowjetisierung war. So ist die Frage legitim, ob es in einigen Fällen nur eines Moskauer Anstoßes für die Sowjetisierung bedurfte, die sich dann selbst trug und „nationalen“ Gesetzen folgte: Es muß auch gefragt werden, ob nicht die nationalen kommunistischen Führungen – in Umkehrung gleichgelagerter sowjetischer Absichten – die sowjetische Vormacht für die eigenen Zwecke, einschließlich interner Machtkämpfe (wie in Rumänien), instrumentalisierten.

Die Frage der Effektivität der Sowjetisierungspolitik, die insbesondere das Verhältnis von sowjetischen Impetus und tatsächlichen Ergebnissen thematisiert, bleibt an das Problem nationaler Spezifika gebunden. Schwierigkeiten entstehen weniger bei der Definierung allgemeiner Merkmale der Sowjetisierung, die hinlänglich bekannte Gemeinsamkeiten in den verschiedenen Ländern festhalten, als durch Unterschiede, die erst in dem Maße hervortreten, wie die Besonderheiten der nationalstaatlichen Entwicklungen herausgearbeitet und miteinander verglichen werden. In diesem Zusammenhang erscheint es als lohnenswert, das Verhältnis von Sowjetisierung und „Nationalkommunismus“ und die Dynamik einer ebenfalls außenpolitisch und kommerziell relevanten „nationalen Staatsräson“ zu untersuchen, die mit sowjetisch determinierter Blockdisziplin nie deckungsgleich war. Auch ist der Frage weiter nachzugehen, ob es in den einzelnen Staaten Inkubationsperioden, retardierende Momente und gar rückläufige Tendenzen einer Sowjetisierung gab und – wie in der DDR – Sowjetisierungsschübe.

Diese Probleme lassen sich in Deutschland und international zum einen nur multidisziplinär klären – worauf hier nicht eingegangen werden kann – und zum anderen durch eine weitere Methodendiversifizierung. Dabei werden Vergleiche eine zunehmende Bedeutung erlangen.

#### *b) Möglichkeiten des systeminternen Vergleichs*

Komparative Methoden sind bei der Bestimmung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden, besonders von systemspezifischen Konstanten und Variablen der Sowjetisierung im gesamten Ostblock, aber auch innerhalb der einzelnen Länder, unverzichtbar. Ein Vergleich setzt systematische nationale Forschung zum Problem und verwertbare Ergebnisse voraus. Doch gerade an diesen scheint es noch zu mangeln. Den nationalen Analysen fehlt es immer noch an übergreifenden erkenntnisleitenden Fragestellungen und inhaltlichen Verklammerungen. Eine Ursache dafür liegt in der bei allen Fortschritten weiter ungenügenden Zusammenarbeit zwischen deutschen Forschern und denen in den Nachfolgestaaten des Ostblocks. Parallele Entwicklungen in Polen, der

ČSR, Ungarn und anderswo werden in der Regel gegenübergestellt, aber nicht wirklich unter gemeinsamen Problemstellungen verglichen.

Der innersystemische Vergleich könnte sowohl alle Staaten im europäischen Einflussbereich der UdSSR erfassen als auch einige oder eine Gruppe dieser Länder. So bietet sich, wie ansatzweise geschehen, ein Vergleich der DDR, Polens und der ČSR als strategisches, politisches und wirtschaftliches Dreieck an. Auch aus organisatorischen Gründen der Forschungsk Kooperation mit dem Ausland liegt ein bilateraler Sowjetisierungsvergleich zunächst jedoch näher. Hier könnten Staaten mit ähnlichen politischen, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen – etwa die DDR und die ČSR – oder aber, was wissenschaftlich ebenso reizvoll ist, solche mit sehr unterschiedlichen Bedingungen betrachtet werden. Ein „universaler“ Vergleich wird nach Lage der Dinge in den nächsten Jahren schwer möglich sein.

Als Felder bieten sich neben der Stalinisierung der nationalen kommunistischen Parteien ein Vergleich der Modellübertragung auf ausgesuchte gesellschaftliche und staatliche Strukturen und Institutionen an, aber auch die diffizile geistige und mentale Sowjetisierung. Hier interessieren besonders die Fragen, in welchem Maße die Bevölkerungen im „sozialistischen Lager“ die eigenen „sowjetisierten“ Führungen mit der Hegemonialmacht UdSSR identifizierten und inwiefern bei ihnen ein Identitätswandel stattfand. Fühlten Bulgaren, Rumänen, Polen usw. nur „national“ oder sahen sie sich auch als Angehörige einer „sozialistischen Gemeinschaft“, die vielleicht als politisches Zweckbündnis akzeptiert und als Möglichkeit ökonomischen bzw. sicherheitspolitischen Überlebens gesehen wurde?

Vielversprechend sind auch komparative Untersuchungen von Sowjetisierungs-Verläufen und Wechselwirkungen, vor allem auf politischen und wirtschaftlichen Ebenen und bei konkreten Entscheidungsfindungen, sowie von nationalen Sowjetisierungsmethoden. Einen anderen Schwerpunkt könnten Vergleiche zwischen den Trägern und Gegenkräften der Sowjetisierung bilden. Aber auch spezielle Fragen u.a. nach der Korrelation von Sowjetisierung und Modernisierung der ost- und ostmitteleuropäischen Gesellschaften und des sowjetischen Einflusses auf deren Alltag sollten als potentielle Themen gelten. Ein bi- und multilateraler Vergleich seiner Wirkungen auf das Kultur- und Alltagsleben ist auch deshalb reizvoll, weil er - wie angedeutet - in der SBZ/DDR offenbar kaum Spuren hinterließ. Als wichtig erscheint auch ein Vergleich von außenpolitischen Sowjetisierungen bzw. sowjetischen Einflussnahmen. Hier treten, insbesondere im methodischen Bereich, zwischen den Ostblockstaaten Unterschiede zutage. Zwar konnten sie außenpolitisch die geistigen Grundlagen, Prinzipien und Ziele der Sowjetunion übernehmen, waren aber bei der Wahrnehmung eigener Interessen an die Normen des Völkerrechts und die Regeln der Diplomatie gebunden. Ein immenser Forschungsbedarf besteht beim internen Vergleich der Ostintegration, insbesondere bei der Erhellung von sowjetisierenden Funktionen und Wirkungsweisen des RGW und Warschauer Paktes.

Eine wissenschaftlich interessante Vergleichsebene wird – systemübergreifend – durch das Spannungsverhältnis zwischen Sowjetisierung und „Amerikanisierung“ eröffnet. Diese beiden die deutsche Nachkriegsgeschichte massiv beeinflussenden Richtungen, die aus einem vergleichenden Blickwinkel und aus beziehungsgeschichtlicher Perspektive gesehen werden müssen, betreffen vorrangig, jedoch keineswegs ausschließlich, die beiden deutschen Staaten.